

SPD und Grüne wischen Kita-Kürzung vom Tisch

Eltern werden zum 1. August 2014 nicht bei den Gebühren entlastet / Ratsmehrheit will im Haushalt 2015 Möglichkeiten prüfen



Die Kürzung ist gerade noch tragbar, aber tragbar.

Antje Kuhne,
Kämmerin

”



Kürzungen der Kita-Gebühr wird es 2014 nicht geben. Möglich sind aber Entlastungen in einzelnen Stufen, die dann aber Mehrbelastungen in anderen Stufen bedeuten. Foto: Kaiser

VON MANFRED HÜTTEMANN

HILDESHEIM. Die von Oberbürgermeister Ingo Meyer angestoßene Kürzung der Kita-Gebühren ist zumindest für 2014 vom Tisch. Das haben Vertreter der Ratsmehrheit von SPD und Grünen unmissverständlich im Finanzausschuss erklärt.

Die Konsequenz überrascht. Noch am Dienstag zeigte sich der Sozialausschuss prinzipiell einverstanden mit der Kürzung. Die Mitglieder stritten lediglich noch über die Höhe der Entlastung innerhalb der Beitragsstufen (siehe unten stehenden Bericht).

Besonders bemerkenswert an der Entscheidung im Finanzausschuss: Kämmerin Antje Kuhne hatte in der Sitzung einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie die Stadt den Einnahmeverlust von 110 000 für das restliche Jahr 2014, gerechnet vom 1. August an, ausgleichen könne. Im Kern handelt es sich von Mehreinnahmen aus dem Gastschulgeld, das der Kreis an die Stadt über den Finanzvertrag für 2014 zahlt. Insgesamt bezifferte sie die Einnahmeverluste für ein komplettes Kita-Jahr auf 262 000 Euro.

Die vorgeschlagene Kürzung der Kita-Gebühr sei „gerade noch tragbar, aber tragbar“, betonte die Finanzdezernentin. Gleichzeitig warnte sie trotz positiver Prognosen bei den Gewerbesteuererinnahmen vor zu viel „Euphorie“ im Rat und davor, „nun alle Stellschrauben des Zukunftsvertrages zurückzudrehen“. Den Kürzungsvorschlag der Verwaltung bezeichnete sie als „sehr kritisch. Aber ich trage das mit“.

SPD und Grüne hätten sich bei der Entscheidung sehr schwer getan, würden der Kürzung aber definitiv nicht zustimmen, erklärte Volker Spieth (Grüne) für die Mehrheitsfraktion. Von je her sei es aber das erklärte Ziel von Rot-Grün schon beim Abschluss des Zukunftsvertrages gewesen, die Gebühren sofort wieder zu senken, wenn das trotz der Finanznöte der Stadt zu verantworten sei.

Über eine Umverteilung innerhalb der Staffeln könne man trotzdem gern reden, über eine Absenkung nicht. Bei den Haushaltsberatungen für 2015 werde die Mehrheitsfraktion prüfen, ob durch nachhaltige Einsparungen trotz anstehender erheblicher Investitionen der Stadt die Chance auf eine Senkung der Gebühr bestehe.

Niedrigere Gebühren seien zwar wünschenswert, derzeit aber nicht machbar, unterstrich Detlef Hansen

(SPD). Zunächst müsse man sich mit den Haushaltsberatungen 2015 einen Überblick der aktuellen finanziellen Situation der Stadt und über die Folgejahre verschaffen. Erst dann könne man möglicherweise über wünschenswerte Entlastungen der Bürger sprechen. Hansen warnte zudem davor, die Gebührenschraube für Besserverdienende zu überdrehen. Dann werde es private Lösungen geben, die letztlich zu Lasten anderer Eltern und der Stadt gingen.

Vertreter der CDU, allen voran Ausschuss-Vorsitzender Frank Wodsack, ließen ihren Standpunkt offen. Er kenne die Meinung der CDU-Fraktion nicht, ließ Wodsack wissen. Man habe sich dazu noch keine bilden können. Anders Anton Göke (CDU): Ausdrücklich persönlich für sich als Ratsherr und nicht für die CDU-Fraktion gesprochen zeigte er Verständnis für die Entscheidung von Rot-Grün. „Ich halte das für vernünftig.“ Auf Antrag Wodsacks verwarf das Gremium das Thema in die Fraktionen. SPD und Grüne wollen aber im Rat am 2. Juni Fakten schaffen.

Ein Ausrufezeichen aus dem Rathaus

KOMMENTAR

VON
MANFRED HÜTTEMANN



Oberbürgermeister Ingo Meyer wollte die Kita-Gebühren auf die Schnelle senken, um ein erstes Ausrufezeichen als neuer OB zu setzen. Dem hat die Mehrheitsfraktion ihre Zustimmung verweigert. Ein mutiger Schritt, denn das Nein ist äußerst unpopulär, zumal SPD und Grüne eigentlich nichts lieber täten, als die Gebühr zu senken. Rot-Grün stellt sich jedoch Ihrer Verantwortung als Mehrheitsfraktion für die gesamte Stadt und verzichtet mit dem Blick aufs Ganze auf Effekthascherei.

Um in den Genuss des Entschuldungspaktes mit dem Land kommen

zu können, haben Rat und Verwaltung mit einem großen Kraftakt in Rekordzeit jeden Stein im Rathaus auf der Suche nach höheren Einnahmen und Kostenabbau umgedreht. Das ist gelungen. Jetzt geht es darum, den Kurs beizubehalten, aber dort Korrekturen vorzunehmen, wo es sinnvoll wäre – wie bei der Kita-Gebühr. SPD und Grüne setzen aber nicht auf Schnellschüsse, sondern auf eine verantwortungsvolle, nachhaltige Politik. Sie wollen die Stadt nicht kaputtsparen, sondern Hildesheim mit einem vernünftigen Entschuldungskurs auf Dauer voranbringen.

Wer diese Politik nicht mittragen mag, wie das bei Teilen der CDU den Eindruck macht, hat leider nichts aus der Vergangenheit gelernt. Die Stadt stand 2012 vor der Pleite, war nahezu handlungsunfähig. Schon vergessen?

Unmut schon im Sozialausschuss

VON CHRISTIAN HARBORTH

HILDESHEIM. Auch wenn die neuen Kita-Gebühren noch keine zwei Jahre Bestand haben: Eltern, deren Kinder eine Tagesstätte in der Stadt besuchen, sollten ab dem 1. August weniger Geld für die Betreuung bezahlen. Dieser, von Oberbürgermeister Ingo Meyer angestoßene, Vorschlag schien in der Politik Zustimmung zu finden. An der neue Gebührenstaffel, so schien es, schieden sich bisher allerdings die Geister.

Heftige Kritik mussten die Vertreter der Verwaltung im jüngsten Sozialausschuss einstecken. Am Ende schickten die Politiker das Thema als unbehandelt zurück in die Fraktionen. Dort sollte das Papier erneut beraten werden, forderten die Sozialpolitiker. Es deutete sich an, dass die Fachleute aus dem Rathaus nachbessern müssen.

Vertreter der SPD und der Grünen riefen sich daran, dass es bisher keinen Vorschlag einer Gegenfinanzierung gibt – die neue Regelung würde den städtischen Haushalt mit 262 000 Euro pro Jahr zusätzlich belasten. Heftige Kritik übten die Ratspolitiker aber auch daran, dass gut verdienende Eltern am meisten von der neuerlichen Entlastung profitie-

ren sollen. „Es kann nicht sein, dass diejenigen, die nur wenig verdienen, am wenigsten entlastet werden“, sagte Ursula Oelschläger (Grüne). Wilfried Kretschmer (SPD) hat die prozentuale Entlastung für die einzelnen Stufen nachgerechnet. „Ganz oben auf der Liste werden die Eltern um 5,7 Prozent entlastet, unten sind es 15 Prozent.“ Unten stehen die Besserverdiener. „So ist das Modell ungerecht“, erklärte Kretschmer im Sozialausschuss.

Sozialdezernent Dirk Schröder verteidigte die Neuberechnung der Stadt. „Die Geringverdiener wurden schon am Anfang entlastet“, erklärte er. Die neue Beitragsstaffel gilt seit dem Kindergartenjahr 2012. Der Dezernent wies zudem darauf hin, dass mehr als ein Drittel aller Eltern ohnehin keinen Beitrag überweise. „37,5 Prozent sind in der Stufe null, die zahlen gar nichts.“

Grundlage für die Berechnung sind die Einkommensgrenzen, die sich aus dem Hartz-IV-Satz ergeben. Das sind bei einer vierköpfigen Familie 2027 Euro netto, bei einem Fünf-Personen-Haushalt 2383 Euro. Wer bis 100 Euro über dieser Netto-Einkommensgrenze liegt, bezahlt keinen Kita-Beitrag. Schröder hält die neue Staffeln insgesamt für „gut

gelöst“. „Keiner zahlt hier mehr als vorher.“ Eine Neuberechnung würde laut Jugendamtsleiterin Renate Pischky-Winkler dazu führen, dass die mittleren der insgesamt elf Gehaltsstufen im Verhältnis gesehen wieder höher belastet würden. Gerade die, das war einer der Vorgaben an die Verwaltung gewesen, sollten aber vor allem entlastet werden.

Insgesamt hat die neue Entgelttabelle elf Beitragsstufen. In der höchsten greifen die Neuerungen ohnehin nicht: In Stufe elf sollen die Eltern, die mehr als 2500 Euro über der Einkommensgrenze liegen, für die Betreuung ihrer Kinder zum August exakt so viel bezahlen wie seit 2012.

Trotzdem verweigerten die Ratspolitiker aus dem Fachausschuss ihre Zustimmung. „Wir sollten das Thema noch in die Fraktionen geben, um uns dort eine Meinung zu bilden“, sagte Dag Störmer (CDU). Dem schloss sich der Ausschuss einstimmig an.

Dass auch die geplanten neuen Gebühren nicht das Ende der Diskussion sein werden, machte Sozialdezernent Schröder deutlich: „Unser Ziel muss weiterhin sein, die Kita-Gebühren ganz abzuschaffen.“ Daran arbeite die Stadt auch weiterhin.



Die Mehrheitsgruppe kann sich das nicht vorstellen.

Detlef Hansen,
SPD

”

Bei der HAZ im Internet können Sie unter www.hildesheimer-allgemeine.de/meyer über das Thema mitdiskutieren. Stimmen Sie ab oder schicken Sie direkt im Leserforum einen Kommentar ab. Leserbriefe (bitte mit Namen und Adresse) gehen an postkasten@hildesheimer-allgemeine.de. Beiträge können veröffentlicht werden.